

**Subject:** Gesprächsanfrage Forum Zahn- und Mundgesundheit | Repräsentative Umfrage zum 9. Ziel im Präventionsgesetz

**Date:** Monday, 22. April 2024 at 14:32:22 Central European Summer Time

**From:** FZM\_MSL\_DE

**To:** [REDACTED]

**Attachments:** FZM\_Präventionsgesetz\_Handreichung.pdf, image001.png

[REDACTED]

ich hoffe es geht Ihnen sehr gut. Das Forum Zahn- und Mundgesundheit (FZM) hat zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Civey in einer repräsentativen Umfrage die Bundesbürgerinnen und -bürger befragt: **Insgesamt 81 % teilen unsere Sorge.** Sie halten den Einsatz der Bundesregierung für die Zahn- und Mundgesundheit im Alter in dieser Legislaturperiode für eher unwahrscheinlich bis ausgeschlossen.

Anlass genug, uns wieder an Sie zu wenden, nachdem Sie unsere Forumssitzung in den vergangenen zwei Jahren mit so viel Verve und Fachkenntnis unterstützt haben. Die Zeit rennt uns davon. Eigentlich sehen wir nur noch in diesem Jahr eine Chance, dass das Präventionsgesetz angegangen und die Zahn- und Mundgesundheit sich darin als 9. Präventionsziel wiederfindet. Kommendes Jahr wird bereits ganz im Zeichen der anstehenden Bundestagswahl stehen.

Das FZM gibt nicht auf und bietet sich in der verbleibenden Zeit auch weiterhin als Sparringspartner an. Ganz konkret mit angehängter Handreichung, die Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen im Bundestag nach Lesart des FZM Schritt für Schritt aufzeigt, wie sich die Zahn- und Mundgesundheit als 9. Ziel im Präventionsgesetz verankern ließe. Und zwar über niedrigschwellige Präventionsmaßnahmen in Form einer betrieblichen Mundgesundheitsförderung.

**Das sehen auch mehr als die Hälfte der Bundesbürgerinnen und -bürger so.** Sie halten eine zahnmedizinische Gruppenprophylaxe, die in Kitas und Schulen bereits angeboten wird, für Erwachsene im Sinne einer betrieblichen Mundgesundheitsförderung für eher bis eindeutig richtig. **39 % der Befragten sind der Meinung, die Politik sollte Präventionsmaßnahmen zur Erhaltung der Zahn- und Mundgesundheit am Arbeitsplatz fördern.**

Wäre es Ihnen freundlicherweise möglich, mit dem Forum Zahn- und Mundgesundheit noch vor der parlamentarischen Sommerpause ins Gespräch zu kommen, um gemeinsam zu überlegen, wie Sie und Ihre verbündeten Kolleginnen und Kollegen im Bundestag der Zahn- und Mundgesundheit in Deutschland in dieser Legislaturperiode doch noch etwas Gutes tun können?

Für eine wohlwollende Terminprüfung wären wir Ihnen sehr dankbar und stehen Ihnen für Rückfragen zu angehängter Handreichung und darüber hinaus jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

-  
Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]



Forum Zahn- und Mundgesundheit  
c/o MSL Group Germany GmbH



[fzm@mslgroup.com](mailto:fzm@mslgroup.com)

Hintergrundinformationen zum Forum Zahn- und Mundgesundheit: Die Initiative wurde 2012 unter Beteiligung von Wissenschaft, Fachverbänden, Politik und Wirtschaft gegründet. Ihr Ziel ist es, die Mundgesundheit aller Menschen in Deutschland zu verbessern. Hierfür möchte das Forum in einem Dialogprozess Empfehlungen erarbeiten und geeignete Pilotprojekte unterstützen. Vorsitzender des Forums ist Prof. Dr. Christoph Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer. Zu den weiteren Forumsmitgliedern gehören Frau Nina Wenzl, Director Corporate Affairs bei Mars Wrigley – das Wrigley Oral Healthcare Program fördert seit über 30 Jahren die zahnärztliche Präventivmedizin – insbesondere die Kariesprophylaxe – in Forschung, Lehre und Praxis –; Dr. Sebastian Ziller, Abteilungsleiter Prävention und Gesundheitsförderung, Bundeszahnärztekammer; und Prof. Dr. Stefan Zimmer, Lehrstuhlinhaber für Zahnerhaltung und Präventive Zahnmedizin an der Universität Witten/Herdecke.

Hinweis zum Lobbyregister: Die Mitglieder des Forums Zahn- und Mundgesundheit sind registrierte Interessenvertreterinnen und Interessensvertreter (Registernummer R004455). Es gilt der Verhaltenskodex der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Versendet wurde diese Gesprächsanfrage durch die MSLGROUP Germany GmbH. Im Lobbyregister eingetragen unter R000756. Es gilt der Verhaltenskodex der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages.